

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL: WENDE IN DER WOLFSPOLITIK MUSS WEITERGEHEN

15.05.2024

- **Aufnahme ins Jagdrecht nur der erste Schritt**
- **Populationsstudie nötig**
- **DNA-Proben müssen professionalisiert werden**

„Dass der Wolf in das hessische Jagdrecht aufgenommen werden soll, ist eine gute Nachricht. Die Umsetzung dieser langjährigen Forderung von uns Freien Demokraten ist längst überfällig“, sagt Wiebke Knell, Fraktionsvorsitzende und jagdpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, anlässlich der heutigen Plenardebatte über das Jagdrecht. „Das Wolfsmanagement ist in Hessen bisher gescheitert. Die Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht ist nicht nur die dringend notwendige Abkehr der schwarz-roten Landesregierung von der bisherigen Wolfspolitik, sondern auch ein Eingeständnis des eigenen Scheiterns“, sagt Knell und ergänzt: „Mit diesem Schritt ist es aber noch nicht getan. Die Wende in der Wolfspolitik muss noch weitergehen, denn das Ziel muss eine Regulierung des Wolfsbestands sein. Daher darf sich die Landesregierung auf diesem Gesetzentwurf nicht ausruhen.“ Aus diesem Grund hat die Fraktion der Freien Demokraten einen eigenen Antrag vorgelegt. Dazu erklärt Knell: „Hessen braucht eine Populationsstudie. Für ein aktives Bestandsmanagement benötigen wir genaue Kenntnisse über Größe und Wachstum der heimischen Wolfspopulation. Aktuell wissen wir überhaupt nicht, wie viele Wölfe in Hessen sesshaft sind. Dieses Problem muss gelöst werden.“

Das Wolfsmonitoring in Hessen und die Begutachtung von DNA-Proben gerissener Tiere müsste professionalisiert werden. „Das aktuelle Verfahren genießt kein Vertrauen bei den betroffenen Weidetierhaltern. Die Analysen funktionieren zu selten. Das Land sollte bei der Beprobung nur auf akkreditierte Labore zurückgreifen. Ansonsten gehen viel zu viele

Betroffene leer aus und bleiben auf dem durch den Wolf entstandenen Schaden sitzen", betont Knell.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de